

LATEINAMERIKA

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

Massendemonstrationen in Venezuela

EREIGNISSE IM LAND UND REAKTIONEN AUS DER REGION

Seit dem 2. Februar gehen Venezuelas Bürger auf die Straßen, um für ihre Rechte zu demonstrieren. Anfänglich von einigen Studenten und Oppositionellen initiiert, erfasst die Protestwelle mittlerweile das ganze Land. Staatspräsident Maduro sieht in den Demonstrationen den Versuch eines Staatsstreiches durch die „faschistische Opposition“, die er in der Minderheit sieht. Oppositionsführer klagen hingegen über die katastrophale Lage des Landes und Einschränkung der Bürgerrechte. Spitzenpolitiker Leopoldo López befindet sich mittlerweile in Polizeigewahrsam.

2. Februar: Die Abgeordnete María Corina Machado, der Bürgermeister von Caracas, Antonio Ledezma, und der Parteiführer der Voluntad Popular, Leopoldo López, rufen für den 12. Februar, den Tag der Jugend, zu Demonstrationen gegen die Regierung auf. Der Aufruf entspricht einem neuen Ansatz innerhalb des Oppositionsbündnisses Mesa de Unidad Democrática (MUD), das zuvor in der Regel versuchte, Eskalationen zu vermeiden. Beobachter werteten dies als Zeichen der Spaltung, da der Gouverneur von Miranda und Oppositionsführer, Henrique Capriles Radonski, zunächst verhalten reagierte.

4. Februar: Studenten in San Cristóbal im Bundesstaat Táchira protestieren gegen einen Vergewaltigungsversuch einer Kommilitonin. Die Polizei löst den zunächst kleinen Protest auf und verhaftet vier Studenten. Dabei kommt es zu den ersten Verletzten.

5. Februar: Weitere Studenten in Táchira solidarisieren sich und protestieren nicht nur gegen den Vergewaltigungsversuch und die

generelle Unsicherheit im Lande, sondern auch gegen Polizeigewalt und Behördenwillkür.

7. Februar: Die Studentenproteste weiten sich von Táchira auf die Bundesstaaten Mérida und Zulia aus. In San Cristóbal selbst verstärken sich die Proteste. Drei Studenten werden wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Brandstiftung, Terrorismus und Verschwörung verhaftet. Die Festgenommenen bestreiten, am Tathergang überhaupt beteiligt gewesen zu sein und beklagen ihrerseits die Anwendung von Gewalt durch die Sicherheitskräfte auch nach der Verhaftung.

9. Februar: Die drei festgenommenen Studenten werden in ein bekanntes Gefängnis überwiesen.

10. Februar: Bei dem Versuch nach San Cristóbal zu fliegen, um die protestierenden Studenten zu unterstützen, wird Leopoldo López von den Behörden am Flughafen festgehalten.

11. Februar: Studentenfürher rufen für den 12. Februar zu Demonstrationen im ganzen Land auf, um von den zuständigen Behörden mehr Sicherheit einzufordern. Venezuela weist eine hohe Mordrate auf und gilt als eines der unsichersten Länder der Welt.

12. Februar: Oppositionell gesinnte Studenten, Oppositionspolitiker und Anhänger der Regierung nehmen den Tag der Jugend zum Anlass, für ihre jeweiligen Anliegen auf die Straße zu gehen. Während das Regierungslager die Jugend des Landes feiert, demonstriert das Oppositions- und Studen-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

tenlager gegen die Beschneidung der Bürgerrechte, Unsicherheit, Behördenwillkür und generelle Missstände im Land. Die Bilanz der Proteste ist verheerend: Drei Tote, 66 Verletzte, 69 Personen werden festgenommen. Zahlreiche Videos tauchen in den sozialen Netzwerken auf, die die Polizeigewalt und Gewalt von paramilitärischen Sicherheitskräften aus dem Regierungslager belegen. Zwei der getöteten Personen kamen jeweils durch einen Schuss auf den Kopf ums Leben, was den Verdacht einer gezielten Tötung nährt. Die Regierung weist alle Schuld an der Gewalt zurück und verurteilt die Zerstörung öffentlicher Gebäude. Sie macht die Opposition verantwortlich und erlässt gegen Leopoldo López einen Haftbefehl. Gleichzeitig wird der kolumbianische Nachrichtensender NTN24, der ausführlich über die Ereignisse berichtete, auf Anordnung von Präsident Maduro im venezolanischen Sendegebiet abgeschaltet.

14. Februar: Die Proteste auf der Straße dauern an. Das Oppositionsbündnis MUD ruft zum allgemeinen Gewaltverzicht auf und verlangt von der Regierung, die politische Verfolgung einzustellen. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, mahnt beide Seiten, Ruhe zu bewahren, und erklärt, dass „Meinungsfreiheit und das Recht, an friedlichen Demonstrationen teilzunehmen, [...] unverzichtbar“ sei. Der Hohe Kommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Rupert Colville, ruft die venezolanische Regierung dazu auf, die für die Toten verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen. Der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), José Miguel Insulza, fordert eine objektive und transparente Untersuchung der Vorfälle vom 12. Februar. Die Regierungen von Costa Rica und Panama, beides bevorzugte Zielländer venezolanischer Auswanderung der letzten Jahre, rufen zu einer friedlichen Lösung der Konfliktparteien auf.

15. Februar: US-Außenminister John Kerry zeigt sich „tief besorgt“ über die Ereignisse in Venezuela. Präsident Maduro ruft derweil Leopoldo López „im Namen des Friedens“ auf, sich den Behörden zu stellen und be-

zeichnet ihn in derselben Rede als „Feigling“ und „Faschisten“.

16. Februar: Nach vier Tagen des Protestes in der Hauptstadt Caracas kommt es am Sonntagabend zu Zwischenfällen vor dem Gebäude des staatlichen Fernsehsenders *Venezolana de Televisión*, wo Demonstranten Barrikaden errichteten.

López, der zuvor noch Interviews an CNN per Skype gab, in denen er behauptete, sich zuhause aufzuhalten, ruft zu weiteren Kundgebungen gegen die Regierung am 18. Februar auf.

Präsident Maduro, der schon zuvor die Vereinigten Staaten als Drahtzieher der Unruhen und des geplanten „Staatsstreichs“ vermutete, kündigt die Ausweisung von drei US-Diplomaten aus Venezuela wegen „Verschwörung“ an. Dies wäre nach März und September 2013 das dritte Mal innerhalb kurzer Zeit, dass US-Botschaftsangestellte aus dem Land ausgewiesen werden.

17. Februar: Sicherheitskräfte dringen in den Sitz der Partei Voluntad Popular in Caracas mit der Androhung von Waffengewalt ein. Sie weisen sich nicht aus und tragen keine Uniformen. Beim Abzug der Paramilitärs kommt es auf der Straße zu tumultartigen Szenen.

Oppositionsführer Capriles erklärt erneut seine Solidarität mit Leopoldo López.

OAS-Generalsekretär Insulza zeigt sich weiterhin besorgt über die Situation in Venezuela und appelliert an Maduro, auf „Gewalt seitens der Polizei und nahestehenden Gruppen“ zu verzichten. Insulza bezeichnet es als notwendig, dass die politischen Führer die freie Meinungsäußerung respektieren und die Medien sich ihrer Rolle in der derzeitigen politischen Lage bewusst sind.

18. Februar: Zehntausende Venezolaner demonstrieren friedlich gegen die Regierung, die sie für die allgemeine Situation im Land verantwortlich machen. Diese charakterisiert sich u.a. durch eine Hyperinflation, Nahrungsmittelknappheit, Fehlen einer öffentlichen Ordnung und hoher Kriminalitäts-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF.DR.STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

und Mordraten, ein hohes Haushaltsdefizit, ausufernde Korruption und Vetternwirtschaft, zunehmende Repression und Polizeigewalt, Behördenwillkür (z.B. in Form von Enteignungen). Die Teilnehmer sind überwiegend der Mittelschicht zuzuordnen. Auf der anderen Seite folgen tausende Venezolaner dem Aufruf der Regierung zu einer Gegendemonstration und fordern Frieden ein. Die Teilnehmer kommen aus den regierungstreuen sozialen Bewegungen und der staatlichen Erdölfirma PDVSA.

Die MUD ruft die Regierung dazu auf, die Anschuldigungen gegen López fallen zu lassen, da es hierfür keine Grundlage gebe. Die Regierung versuche mittels Polizei und Militär, die Venezolaner an ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung und der Freiheit, sich friedlich zu versammeln, zu behindern. Das Oppositionsbündnis bezeichnet das Vorgehen der Regierung als „Provokation“, auf die man nicht hereinfallen werde. Die MUD kritisiert zudem die Präsenz paramilitärischer Einheiten, die Nahrungsmittelknappheit und Unterversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und die hohen Preise, die den (sozialen) Frieden in der Republik gefährden. Proteste zu verhindern wird nur mehr Proteste hervorrufen, so das Oppositionsbündnis.

Am Tage wird von Demonstrationen im ganzen Land berichtet. In der Großstadt Valencia kommt es bei Zusammenstößen zu acht verletzten Demonstranten durch Schusswunden. Unter den Verletzten ist die lokale Schönheitskönigin Gémesis Carmona, die durch eine Kugel schwer am Kopf getroffen wird und verstirbt.

Costa Rica bietet den venezolanischen Oppositionsführern politisches Asyl an. López lässt Costa Ricas Ex-Präsident Oscar Arias anrufen, um ihn um Vermittlung zu bitten. Der Delegation sollen die Ex-Präsidenten Fernando Henrique Cardoso (Brasilien), Ernesto Samper (Kolumbien), Ricardo Lagos (Chile) und Ex-Regierungschef Felipe González (Spanien) angehören.

Am Ende der Demonstration gegen die Regierung stellt sich Leopoldo López den Sicherheitskräften. In einem Panzerfahrzeug

wird er in Gewahrsam genommen und auf ein nahe gelegenes Militärgelände gebracht. Tausende Demonstranten folgen dem Fahrzeug. Maduro verkündet kurze Zeit später, man habe López verhaftet. Parlamentspräsident Diosdado Cabello bringe ihn mit seinem Fahrzeug (sic!) in ein Gefängnis außerhalb der Stadt. Am Abend wird berichtet, López befände sich im Militärgefängnis Ramo Verde. Laut Zeitungsberichten soll López am Mittwoch (19.2.) dem Richter vorgeführt werden. Ihm wird versuchter Mord, Terrorismus, schwere Körperverletzung, vorsätzliche Brandstiftung, Volksverhetzung, Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie Beschädigung von Privatbesitz und Gemeingütern zur Last gelegt. Derweil lässt Maduro verlautbaren, er habe entschieden Parlamentspräsidenten Diosdado Cabello mit der Aufgabe zu betrauen, López zu begleiten, da man kurz nach dessen Verhaftung erfahren haben wollte, dass „die Ultra-Rechte aus Miami“ eine Gruppe von Killern beauftragt habe, um ihn [López, d. Aut.] zu töten und die Schuld auf die venezolanische Regierung zu schieben. „Damit ihr seht, was die Revolution macht, um Frieden zu garantieren, enden wir damit, das Leben von Leopoldo López zu schützen“, verkündete der Präsident in Anwesenheit seiner Anhänger.

19. Februar: Tausende Anhänger von Leopoldo López verharren vor dem Gerichtshof. Der angeklagte Oppositionspolitiker wird entgegen früherer Ankündigungen nicht dem Richter vorgeführt.

Die MUD kündigt eine Demonstration gegen die regierungstreuen, paramilitärischen Einheiten für Samstag, den 22. Februar, an.

Am Abend kommt es zu Ausschreitungen. In verschiedenen Teilen des Landes blockieren Demonstranten Straßen und zünden Barrikaden aus Reifen an. Die Polizei reagiert vielerorts mit Tränengas. In sozialen Netzwerken wird von Übergriffen von Gruppen bewaffneter Motorradfahrer berichtet, eben jener Personengruppen, gegen die die Opposition am Sonnabend demonstrieren will. Demonstranten schließen einen Grenzübergang zwischen Venezuela und Kolumbien.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

Am Rande des Treffens der Staatspräsidenten von Kanada, den Vereinigten Staaten und Mexiko in Toluca, zeigte sich US-Präsident Barack Obama „besorgt“ über die Lage in Venezuela und rief zu einem „echten Dialog“, etwa im Rahmen der OAS auf.

Staatspräsident Maduro kündigt derweil in einer Fernsehansprache harte Maßnahmen an und verhängt den Ausnahmezustand im Bundesstaat Táchira. Für die Gewalt in der Hauptstadt des Bundesstaats San Cristóbal macht er den dortigen Bürgermeister verantwortlich, den er polizeilich suchen lässt. Ebenso kündigt Maduro an, dass man den oppositionellen Ex-General Antonio Rivero verhaften lassen wird, da dieser „faschistische Gruppen“ trainiert haben soll.

20. Februar: Henrique Capriles ruft bei einer Pressekonferenz erneut zu friedlichen Demonstrationen am Sonnabend auf, um gegen die paramilitärischen Gruppen der Regierungsanhänger zu protestieren. Dabei stellt er klar, dass die MUD sich von jeglicher Gewalt distanzieren. Auch werde der gewalttätige Protest auf der Straße nicht zu einem Regierungswechsel, sondern zu vermehrten staatlichen Repressionen führen. Er drückt aber ausdrücklich seine Solidarität mit Leopoldo López aus, für dessen Festnahme er keinen Anlass und keine rechtliche Grundlage sehe. Die internationale Staatengemeinschaft ruft er auf, bei der Vermittlung zu helfen. Dabei bringt er auch die katholische Kirche ins Spiel, die bei der Vermittlung helfen könne. Es müsse ein wahrhaftiger Dialog stattfinden, den es bisher nicht gegeben habe.

Reaktionen aus der Region

Auffällig sind die unterschiedliche Schwerpunktsetzung in der Darstellung und Analyse des Konflikts in Venezuela und auch in der Intensität der Auseinandersetzung mit den dortigen Entwicklungen in den einzelnen Ländern der Region. Dies spiegelt die Betrachtung aus der jeweiligen Perspektive der innenpolitischen Lage wider.

Bemerkenswert ist das weitgehende Schweigen bzw. das Bemühen um Neutralität der Regierungen der beiden großen Län-

der der Region, Brasilien und Mexiko, wohingegen die stärkste Anteilnahme in Kolumbien als Nachbarland, in Peru, aber auch in Costa Rica als wichtigem Zielland für venezolanische Einwanderer zu verzeichnen ist. In vielen Ländern ist die jeweilige venezolanische Botschaft naturgemäß der Ort, an dem regierungs- wie auch oppositionsunterstützende Kundgebungen stattfanden.

Argentinien: Maduro hat Kirchners volle Unterstützung. Opposition und Regierungskritiker warnen vor „Argenzuela“

Die Ereignisse in Venezuela haben die argentinische Tagespolitik voll erfasst. Die Reaktionen auf die Proteste, die Gewalt und den Umgang mit der Opposition teilen das Land wie eine Wasserscheide. Auf der einen Seite steht die Regierung von Cristina Kirchner, auf der anderen all jene, die schon seit geraumer Zeit venezolanische Verhältnisse – hier Argenzuela genannt – fürchten.

Die offizielle Haltung machte Kabinettschef Jorge Capitanich schon zu Beginn der Proteste deutlich: Jede Form der verschwörerischen Vereinigung in Venezuela sei eine „Beleidigung für die ganze Region und ihre Demokratien.“¹ Man redet Maduro nach dem Munde: Die Demonstranten seien Störer, die im Auftrag der Vereinigten Staaten das Land destabilisieren wollten. Das regierungstreue Blatt *Página 12* nannte die venezolanische Protestbewegung eine „faschistische Bedrohung“², die aus Frust über die verlorenen Wahlen vom April 2013 für immer neue schwere Ausschreitungen Sorge und die Schuld am Tod dutzender Menschen trage. Diese „falschen Demokraten“³ würden die Zukunft Venezuelas und ganz La-

¹ „Maduro debe fusilar a López“, *La Nación*, 19.02.2014, S.2.

² Atilio A Boron. „La amenaza fascista“, *Página 12*, 19.02.2014;

<http://www.pagina12.com.ar/diario/elmundo/4-240111-2014-02-19.html> [19.02.2014].

³ Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

teinamerikas aufs Spiel setzen. Zuvor hatte Außenminister Héctor Timerman seinem venezolanischen Amtskollegen Elías Jaua „totale und absolute Unterstützung der venezolanischen Behörden“⁴ versichert.

Am vergangenen Dienstag kam es in Buenos Aires zu Solidaritätsbekundungen von Regierungsanhängern vor der venezolanischen Botschaft, denen sich auch Luis D'Elía angeschlossen hatte, Vertrauter von Präsidentin Kirchner und Anführer der Piquetero-Bewegung. D'Elía hatte kurz zuvor und medienwirksam Maduro via Twitter aufgefordert, Leopoldo López zu erschießen. Er sei „Agent der CIA.“⁵

Die Opposition, so gespalten sie normalerweise ist, stellt sich auf die Seite der Demonstranten. So sagte Sergio Massa, möglicher Präsidentschaftskandidat des Frente Renovador: „Nur Schwache und Feiglinge bekämpfen die jungen Leute.“⁶ Die Parteien PRO, UCR und Coalición Cívica forderten die regionalen Institutionen UNASUR und Mercosur auf, angesichts der Toten in Caracas Maßnahmen zu ergreifen.

Die Jugendorganisation und zahlreiche Kongressabgeordnete von PRO demonstrierten am Dienstag ebenfalls vor der venezolanischen Botschaft. In einer Petition forderten sie die Regierung von Nicolás Maduro auf, die Menschenrechte zu achten.

Stellvertretend für die kritische Presse schrieb die Traditionszeitung *La Nación*, Gewalt werde die Probleme, die die scheidende venezolanische Regierung im Land

⁴ „El Gobierno manifestó "total y absoluto apoyo" a Nicolás Maduro“, *La Nación*, 17.02.2014;

<http://www.lanacion.com.ar/1664954-el-gobierno-manifesto-total-y-absoluto-apoyo-a-nicolas-maduro> [20.02.2014].

⁵ Luis D'Elía, *Twitter*, 18.02.2014 ; https://twitter.com/Luis_Delia [19.02.2014].

⁶ „Madero debe fusilar a López“, *La Nación*, 19.02.2014, S.2.

hinterlässt, nicht lösen können. Maduro müsse endlich verstehen, dass die autoritäre Staatsführung in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ruin führe. Es sei an der Zeit, einen ehrlichen und respektvollen Dialog im ganzen Land zu etablieren.⁷

Weniger zurückhaltend geht es in den tonangebenden sozialen Netzwerken Facebook und Twitter zu. So sehr die kirchneristischen Organisationen und Regierungsvertreter ihre Treue und Bruderliebe zu Maduro beschwören, so groß ist die Empörung der Regierungsgegner. Vor allem der Tod der Schönheitskönigin Génesis Carmona erregte bittere Polemik. So verbreitete beispielsweise das Internetportal *El Cipayo* ein Foto, das die junge Frau im Augenblick ihres Todeskampfes zeigt. Die zahlreichen Kommentare offenbaren, wie sehr sich in die allgemeine Erregung auch die Sorge um die Zukunft des eigenen Landes mischt: „Gott steh uns bei, wenn es uns trifft“, schreibt eine Userin. Vielen Menschen ist die uneingeschränkte Solidarität, mit der Kirchner den „Bruderstaat“⁸ in Caracas stützt, unheimlich. Sie fürchten sich vor Argenzuela und reagieren erbittert auf die Unterstützung Maduros. „Während der Rest der Welt die grausame Unterdrückung in Venezuela anklagt“, so ein Leserbeitrag in *La Nación*, „wählt Argentinien einmal mehr den einsamen Weg der Realitätsverweigerung.“⁹

Bekannte Rhetorik aus Bolivien

In allen bolivianischen Medien wird seit dem 13. Januar intensiv über die Vorfälle in Venezuela berichtet. Die Reaktionen divergie-

⁷ „Venezuela: protestas trágicas“, *La Nación*, 19.02.2014, S.22.

⁸ Martín Dinatale, „Venezuela divide aguas en América latina y la Argentina“, *La Nación*, 19.02.2014 ; <http://www.lanacion.com.ar/1665362-venezuela-divide-aguas-en-america-latina-y-en-la-argentina> [20.02.2014].

⁹ Juan Manuel Otero: „Apoyo a Venezuela“, *La Nación*, 19.02.2014, S.22.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

ren jedoch stark abhängig von der Redaktionslinie. Während die eher regierungsnahe Zeitung *La Razón* lediglich Bericht erstattet und Kommentare abdruckt, die das Handeln der venezolanischen Regierung unterstützen, thematisieren die kritischen Tageszeitungen *Página 7* und *El Deber* die zahlreichen Probleme, die sie als ursächlich für die Proteste erachten, wie die horrenden Inflationsrate, die Versorgungskrise und die hohe Kriminalitätsrate im Karibikstaat. Sie weisen ebenfalls auf die Zensur venezolanischer Medien in der aktuellen Krise durch Spernung von Sendefrequenzen und Blockierung der Papierlieferungen an Printmedien und die dadurch besonders hohe Bedeutung digitaler Medien und sozialer Netzwerke hin.

Die bolivianische Regierung sprach bereits am 13. Februar dem venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro ihre volle Unterstützung und Solidarität aus. Während Maduro unter anderem den ehemaligen kolumbianischen Staatschef Álvaro Uribe beschuldigte, Demonstrationen gegen ihn angeregt zu haben, suchte der bolivianische Präsident Evo Morales die Schuld weiter im Norden: für die Unruhen in Venezuela sei der nordamerikanische Imperialismus verantwortlich, der die Gruppen von Studenten bezahle, um gegen die demokratisch gewählte Regierung von Maduro vorzugehen. Es handele sich um einen versuchten Staatsstreich. Dieser würde von der venezolanischen Oligarchie unterstützt. Er verglich die Vorkommnisse mit Unruhen in Bolivien im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Verfassung im Jahr 2008, bei denen es zahlreiche Tote gegeben hatte. Evo Morales betonte, dass „das Imperium“ bei seinem Versuch des Staatsstreiches in Venezuela gescheitert sei und auch in Zukunft scheitern würde. Ohne die Vereinigten Staaten von Amerika gäbe es keine Staatsstreiche in Lateinamerika. Die bolivianische Opposition reagierte auf diese Aussagen mit dem Hinweis, Morales folge dem kubanischen Modell: die Verantwortung für alle Probleme wird den USA zugewiesen. Am 18. Februar forderte Evo Morales eine Notsitzung des Staatenbündnisses UNASUR, um die Situation in Venezuela zu analysieren und gemeinsam zu handeln. Die Staaten der Region

seien in der Verantwortung, die Demokratie zu verteidigen.

In Kolumnen weisen mehrere Autoren auf die Bedeutung der aktuellen Ereignisse für Bolivien hin, unter anderem der Journalist Harald Olmos am 17. Februar in *El Deber*: Bolivien sei Mitglied der von Venezuela ins Leben gerufenen Allianz bolivarianischer Staaten. Nicht selten habe man im Andenstaat venezolanische Entwicklungen kopiert und implementiert.

Vor der venezolanischen Botschaft in La Paz bildeten sich mehrere Tage lang Gruppen, von denen einige der venezolanischen Regierung ihre Unterstützung aussprachen und andere gegen diese demonstrierten.

Das politische Brasilien schweigt

Die Berichterstattung brasilianischer Medien über die Ereignisse in Venezuela ließ sich bis vor kurzem leicht definieren: karg. Die Medienbranche hielt sich in den letzten zwei Wochen zurück, wenn es um die Proteste im Nachbarland und Mercosur-Mitglied Venezuela ging. Außenpolitik spielt in der Berichterstattung der großen brasilianischen Tageszeitungen *O Globo*, *Folha de São Paulo* und *Estado de São Paulo* auch sonst eine untergeordnete Rolle. Nationale Themen – und somit ein nach innen gerichteter Blick – bestimmen Brasiliens Printmedienlandschaft.

Mit der Selbstausslieferung des führenden Oppositionspolitikers Leopoldo López, der „durch eben diese Tat die Legitimität zur Oppositionsführerschaft errungen habe“ (*O Estado de São Paulo*), und den radikaler werdenden Aussagen Nicolás Maduros, hat sich die Berichterstattung überraschend geändert.

Die Titelseiten der großen Zeitungen in den Ausgaben vom 20. Februar zeigen fokussiert das ausdrucksstarke Bild der sterbenden 22-jährigen Schönheitskönigin Génesis Carmona. Körperkultur und ein jugendliches Schönheitsideal sind Teil nationaler Identität beider Länder. Der Tod Carmonas als einer vermeintlich unpolitischen jungen Frau sowie Identifikationsfigur produziert einen na-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

tionalen Aufschrei, der in Brasilien ein Echo findet.

Auch im Fernsehen gibt es seit dem 19. Februar eine zunehmende Präsenz der Krise in Venezuela. In politischen Talkshows tun Wissenschaftler ihre politischen Analysen kund.

Die Regierung Dilma Rousseff intensivierte zuletzt ihr (wirtschaftliches!) Engagement zu Kuba und betonte mehrmals ihren Zusppruch für Hugo Chávez' „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Die so von Rousseff propagierte Süd-Süd-Rhetorik einer regionalen Kooperation zur gegenseitigen Stärkung stimmt mit dem chavistisch-bolivarischen Diskurs für ein geeintes und autarkes Lateinamerika überein.

Im Umgang mit Venezuela geht es Brasilien primär um ökonomische Interessen. Brasilien zeichnet maßgeblich dafür verantwortlich, dass Venezuela als fünftes Mitglied dem Mercosur 2012 beigetreten ist, wovon Brasilien sich bessere Geschäfts- und Exportmöglichkeiten erhoffte. Es existiert eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit Venezuelas von Brasilien: So gelang den Brasilianern Ende 2013 ein öffentlichkeitswirksamer Coup, als sie den Venezolanern den dringend benötigten Nachschub an Toilettenpapier verkauften.

Im September 2014 finden außerdem Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Zwar liegt die Präsidentin in allen Umfragen weit vor ihren Herausforderern der bürgerlich-liberalen Parteien, jedoch ist nicht abzusehen, inwieweit wiederkehrende Sozialproteste zur Fußball-Weltmeisterschaft gegen die gegenwärtigen Missstände zu einer Veränderung dieser vermeintlich komfortablen Situation beitragen können. Die ehemalige Revolutionärin Dilma hat sich dementsprechend nur indirekt und ohne offene Kritik zur eskalierenden Lage im Nachbarland geäußert. Dies wird in den Medien nicht kritisch hinterfragt. Das Schweigen Brasiliens wurde jedoch harsch vom für den amerikanischen Kontinent zuständigen Leiter der NRO Human Rights Watch kritisiert. Diese Kritik wiederum fand Gehör in der Zeitung *O Globo* – wengleich nur in einem kleinen

Absatz im Mittelteil der Zeitung. Ansonsten hält sich die Medienlandschaft Brasiliens mit Kritik an der passiven Rolle der Regierung Rousseff zurück. Auch die Reaktionen der OAS, der USA und der EU werden nur in kleinen Absätzen behandelt und stehen weder im Nachrichtenfokus, noch werden diese bis dato kritisch in Kommentaren der großen Blätter beleuchtet.

Gleichzeitig sind aufgrund der innerregionalen Krise die revolutionären Proteste in der Ukraine ins Abseits der medialen brasilianischen Aufmerksamkeit geraten.

Chile: Der Fall Venezuela polarisiert das Bündnis der designierten Präsidentin Bachelet

Wegen des bevorstehenden Präsidentschaftswechsels spielen die Ereignisse in Venezuela nicht die Hauptrolle in der chilenischen Berichterstattung und trotzdem polarisierten sie das Land. Staatsoberhaupt Sebastián Piñera äußerte sich erst vier Tage nach Eskalation der Ereignisse und rief beide Seiten zu Gewaltfreiheit auf, wobei er die Bedeutung von Rechtsstaat und Menschenrechten betonte. Nachdem Venezuelas Präsident Maduro Kolumbien und Chile zu rechtwies, sich nicht in interne Angelegenheiten einzumischen, äußerte sich Piñera weiter: Die Amerikanische Menschenrechtskonvention – aus der Venezuela 2012 ausgetreten war – verpflichte zur „Verbreitung, Verteidigung und Schutz“ von Menschenrechten und Demokratie. Das Staatsoberhaupt verzichtete allerdings auf die Forderung nach einer aktiven Rolle internationaler Akteure und wünschte dem venezolanischen Volk und seiner Regierung Glück und Erfolg auf dem Weg zu Frieden und Demokratie.

Die designierte Präsidentin Michelle Bachelet äußerte sich nicht öffentlich. Ob sich Präsident Piñera, wie auch im Fall des Urteils über den Grenzstreit zwischen Chile und Peru, mit ihr über seine Verlautbarung abgestimmt hat, ist nicht bekannt. Innerhalb des Regierungsbündnisses Nueva Mayoría wurden jedoch große Differenzen deutlich: Die Christdemokratische Partei brachte ihre Solidarität mit der venezolanischen Zivilgesellschaft zum Ausdruck, die Opfer „brutaler

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

Repression“ politischer und persönlicher Freiheiten sei, so der stellvertretende Parteivorsitzende Fuad Chahín. Der Regierung Maduros sowie der Kommunistischen Partei Chiles warfen die Christdemokraten vor, bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten mit zweierlei Maß zu messen. Sie forderten zudem eine aktive Rolle der internationalen Gemeinschaft und, wie auch Vertreter des Mitte-Rechts-Bündnisses Alianza por Chile, Nachforschungen durch den chilenischen Botschafter in Caracas. Die Kommunistische Partei hingegen sprach Maduro ihre Unterstützung aus im Kampf gegen einen „globalen Plan der Destabilisierung und Putschversuche“. Ihre Vertreter betonten außerdem die Legitimation Maduros durch eine demokratische Wahl und schickten als Geste ihrer Unterstützung eine Delegation zur venezolanischen Botschaft im Land.

Für die erste Märzwoche ist ein Treffen von Senatoren des Regierungsbündnisses Bachelets geplant, auf dem gemeinsame Positionen und Aktionen formuliert werden sollen – speziell mit Blick auf Handlungsoptionen der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Außerdem hatte Maduro kurz nach der Eskalation der Proteste seine Teilnahme an der Amtseinführung der neuen Staatspräsidentin am 11. März bestätigt, woraufhin sich die Christdemokraten dafür aussprachen, bei dieser Gelegenheit eine Erklärung vom venezolanischen Staatsoberhaupt zu fordern.

Auch Vertreter bedeutender Hochschulen äußerten sich zu den Ereignissen. Die Studentenvereinigung der Universidad de Chile (FECh) stellte sich auf die Seite Maduros und warf den venezolanischen Studenten „Akte der Destabilisierung sowie Putschversuche“ vor, die die „neue Ordnung“ gefährdeten. Diese Stellungnahme traf allerdings auf großen Widerspruch im universitären Umfeld und in der breiten Gesellschaft. Mit Blick auf die chilenischen Studentenproteste, die 2006 und 2011 ihre Höhepunkte erreichten und an denen die FECh maßgeblich beteiligt war, wurde der Studentenvereinigung von vielen Seiten Inkonsequenz und Ideologisierung vorgeworfen. Die große

Mehrheit der Studentenvereinigungen hingegen betonte ihre Solidarität mit der venezolanischen Studentenbewegung und ermutigte sie zur Fortführung des friedlichen Widerstands.

In ihrer ersten Amtszeit hatte die designierte Präsidentin Bachelet den Vorsitz der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) inne und trug 2008 maßgeblich zur Überwindung einer Regierungskrise im Nachbarland Bolivien bei. Momentan ist noch nicht absehbar, ob sich die aktuelle Zurückhaltung des Landes mit dem Präsidentschaftswechsel ändern wird.

Costa Rica: Regierung bietet Vermittlung und Asyl für Oppositionelle an

In Costa Rica nimmt die Bevölkerung regen Anteil an den Ereignissen in Venezuela. Die Medien berichten ausführlich und in sozialen Netzwerken werden die Bilder, Kommentare und Videos venezolanischer Oppositioneller und protestierender Studenten schnell verbreitet. In der Bevölkerung herrscht eine große Solidarität mit den Demonstranten in Venezuela vor und man sieht überwiegend die Schuld auf Seiten der venezolanischen Regierung. Zu dem Meinungsbild dürfte auch die Tatsache beitragen, dass Costa Rica Zielland venezolanischer Einwanderer ist, die ihrem Land aufgrund der politischen Verhältnisse den Rücken gekehrt haben. In der Hauptstadt San José fanden Demonstrationen statt, um die Solidarität mit den venezolanischen Studenten und Oppositionellen auszudrücken und um gegen die Regierung von Nicolás Maduro zu protestieren.

Insbesondere berichten die Medien auch von dem Oppositionspolitiker Leopoldo López und stellen ihn in diversen Artikeln vor. Bisher war in Costa Rica vor allem der Oppositionsführer und Gouverneur des venezolanischen Bundesstaates von Miranda, Henrique Capriles Radonski bekannt. Doch mit der Verhaftung von López katapultierte sich selbiger in das Rampenlicht costaricanischer Medien. Besonders die Bitte aus seinem Umfeld um eine Vermittlung im Konflikt durch den costaricanische Ex-Präsidenten und Friedensnobelpreisträger

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE

DR. GEORG EICKHOFF

DR. HUBERT GEHRING

HOLGER HAIBACH

PROF. DR. STEFAN JOST

MATHIAS MÄCKELMANN

CHRISTIAN MATTHÄUS

SUSANNE KÄSS

ANNETTE SCHWARZBAUER

HENNING SUHR

WINFRIED WECK

DR. KRISTIN WESEMANN

REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

Oscar Arias wurde in dem mittelamerikanischen Land positiv aufgenommen.

Die costa-ricanische Staatspräsidentin Laura Chinchilla rief die venezolanische Regierung dazu auf, die gewalttätigen Ereignisse aufzuklären und mahnte den fehlenden Dialog und Toleranz an. Der Konflikt müsse friedlich geklärt werden, so die Präsidentin.

Der Außenminister Enrique Castillo erklärte auf Nachfragen von Journalisten, dass venezolanische Oppositionspolitiker in Costa Rica jederzeit politisches Asyl beantragen können und machte somit deutlich, dass Oppositionsführer in Venezuela nach Ansicht der costa-ricanischen Regierung als politisch verfolgt gelten können. Costa Rica, das derzeit die Präsidentschaft des Regionalbündnisses Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños (CELAC) inne hat, beabsichtige zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch noch nicht, einen Sondergipfel einzuberufen, jedoch arbeite man an einer gemeinsamen Erklärung. Da aber innerhalb der 33 CELAC-Staaten unterschiedliche Auffassungen bestünden, sei es schwierig hier Einigkeit herzustellen.

Die Jugendorganisationen der Parteien Partido de Liberación Nacional (PLN), Movimiento Libertario (ML) und Partido Unidad Social-Cristiana (PUSC) veranstalteten im Parlamentsgebäude die Konferenz "Die Jugend für Frieden in Venezuela", in der sie ihre Solidarität mit den venezolanischen jungen Leuten, die gegen die Regierung demonstrieren, zum Ausdruck brachten.

Ecuador zeigt sich gespalten

Die Reaktionen in Ecuador auf die dramatischen Geschehnisse in Venezuela sind erwartungsgemäß gespalten und – zumindest regierungsseitig – eher zurückhaltend.

Nachdem in der ersten Februarwoche die gleichgeschalteten Medienorgane so gut wie keine Notiz von den beginnenden Protestaktionen in Caracas nahmen und nur die oppositionellen Tageszeitungen berichteten, konnten auch die regierungstreuesten Medien nicht mehr die Augen vor den sich zuspitzenden Ereignissen der letzten Tage verschließen. Allerdings ist das, was be-

richterstattet wird, durchaus linientreu: Oppositionsführer López sei gefangengenommen worden und werde sich nun vor Gericht verantworten müssen, berichten die Regierungsorgane ohne jegliche Erklärung über die Hintergründe der Festnahme, und brandmarken López zum gewöhnlichen Verbrecher.¹⁰ Die etwas subtiler vorgehende und wohl angesehenste Regierungszeitung *El Telégrafo*¹¹ schreibt in ihrem Venezuela-Bericht vom 19.2.2014 auf S. 16 (!), López habe eine wirtschaftliche Universitätsausbildung in den USA genossen (das hat er übrigens mit dem ecuadorianischen Staatspräsidenten Correa gemein) und sich in Venezuela eng dem International Republican Institute, der politischen Stiftung der Republikaner, angeschlossen. Diese Fakten allein scheinen nicht nur den Regierungsmedien zu genügen, um die Geschehnisse in Venezuela als eine Verschwörung der Internationalen Rechten zu brandmarken. Allen voran Präsident Correa erklärte gegenüber dem Rundfunksender RTS, dass die (internationale) Rechte alles versuche, die Erfolge der progressiven Regierungen in der Region zu torpedieren. Zugleich schloss er sich der Einschätzung seines venezolanischen Kollegen Maduro an, die Finanzierung der Opposition und gewalttätiger Gruppierungen in Venezuela erfolge durch das Ausland, insbesondere durch die USA.¹² Interessant ist in diesem Zusammenhang aber die von Correa geäußerte Befürchtung, dass die Geschehnisse in der bolivarianischen Bruderrepublik (Venezuela) durchaus auch auf Ecuador und Bolivien in Form „weicher Staatsstrieche“ übergreifen könnten, die nicht mehr durch Militäreinsätze, sondern durch Wirtschaftsboykotts und die Manipulation von Information ausgeführt würden und all das bisher

¹⁰ So die titelt die Boulevardzeitung Extra am 19.2.2014 unten links: „Leopoldo López – hinter Gitter!“

¹¹ Die einzige Tageszeitung, die am 19.2.2014 mit einem Bericht über die Bürgerkriegszustände in der Ukraine aufmachte.

¹² El Ciudadano.gob.ec: Presidente advierte un posible "golpe blando", 19.2.2014.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

Erreichte zerstören könnten.¹³ Diese deutliche Panikmache richtet sich klar an die eigene Fangemeinde in Ecuador, die für die Kommunalwahlen am 23. Februar 2014 wachgerüttelt und zum Urnengang mobilisiert werden soll.

Die oppositionelle Presse hingegen berichtet schon seit Beginn der Proteste in Venezuela. Die größte und von Präsident Correa mehrfach attackierte Tageszeitung *El Universo* hat sogar einen anklickbaren Headliner zu den aktuellen Entwicklungen in Venezuela auf seiner Webseite eingerichtet. Allerdings spürt man eine deutliche Zurückhaltung dieser Medien in der Bewertung der Ereignisse, was auf die teils drastischen Restriktionen für eine freie Berichterstattung durch das Kommunikationsgesetz von 2013 zurückzuführen ist. Die in Quito erscheinende Tageszeitung *El Comercio* geht sogar so weit, die Zerrissenheit der venezolanischen Opposition ins Zentrum ihrer Berichterstattung über die Ereignisse vom 18. Februar 2014 zu stellen.¹⁴

In der Bevölkerung wiederum werden die Ereignisse in Venezuela von den anstehenden Kommunalwahlen in Ecuador am 23.2.2014 überschattet und stellen daher kein großes Diskussionsthema dar.

El Salvador greift die Situation in Venezuela im internen Wahlkampf auf

Die Medienberichterstattung in El Salvador zur Situation in Venezuela nahm ab dem 11. Februar deutlich zu. Es wird berichtet, dass die Demonstrationen von Studentenorganisationen gegen die herrschende Unsicherheit durch das Oppositionsbündnis Mesa de la Unidad Democrática (MUD) und Leopoldo López, Führungsfigur der Partei Voluntad Popular, unterstützt worden seien.

¹³ Ebd.

¹⁴ El Comercio, 19.2.2014, S.1: Opositores sin objetivos comunes en Venezuela, und ausführlicher auf S.9: Las protestas, sin un objetivo claro

In El Salvador erhalten die Ereignisse in Venezuela vor dem Hintergrund der Vorbereitungen für die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen am 9. März besondere Relevanz. Es stehen sich die Kandidaten Salvador Sánchez Cerén von der linksgerichteten FMLN (Frente Farabundi Martí para la Liberación Nacional), hervorgegangen aus der Guerillabewegung, und Norman Quijano von der konservativen Partei ARENA (Alianza Republicana Nacionalista) gegenüber.

Die Partei FMLN kritisierte am 17. Februar den Versuch eines im Gange befindlichen Staatsstreichs und unterstützte die Maßnahmen, die die Regierung Maduro unternahm, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Norman Quijano, der mit 39 % der Stimmen dem Kandidaten Sánchez (49 %) in der ersten Wahlrunde unterlag, äußerte wahlkampfwirksam, dass die salvadorianischen Bürger ihre Wahlentscheidung für die Stichwahl genau abwägen sollten, um nicht in Zustände wie in Venezuela zu geraten. Seine Partei sei die einzige Garantie, dass das Land nicht in die Hände des Sozialismus des 21. Jahrhunderts falle.

Die Christdemokratische Partei, die an den Präsidentschaftswahlen im Februar innerhalb des Bündnisses UNIDAD teilgenommen hatte, das die Kandidatur des ehemaligen Staatspräsidenten und ex-ARENA-Mitglieds Antonio Saca unterstützt hatte, brachte in einer Erklärung vom 18. Februar ihre Besorgnis über die Ereignisse zum Ausdruck und rief zur Einhaltung der Bürger- und Menschenrechte auf.

Am 15. Februar protestierte eine Gruppe junger Leute vor der venezolanischen Botschaft in El Salvador gegen Repression und Missachtung der Menschenrechte und gab bekannt, dass die Regierung des südamerikanischen Landes die Kommunikation über soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook gesperrt habe.

In Guatemala bleibt eine Debatte aus

Die Berichterstattung über die Ereignisse in Venezuela greift vor allem die Demonstrationen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

onen gegen Einschränkungen von Bürgerrechten, Unsicherheit und die wirtschaftliche Situation mit Mangel an Produkten des täglichen Lebens auf, verstärkt die Proteste ab dem 12. Februar, zu denen die Oppositionsführer Maria Corina Machaco und Leopoldo López aufgerufen hatten und die in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Studentenorganisationen durchgeführt wurden. Ferner wird über Maßnahmen der Regierung Maduro berichtet, die ihrerseits zu Unterstützungsdemonstrationen für die Regierung aufrief. Am 19. Februar 2014 erscheinen auf den Titelseiten der Tageszeitungen Bilder von Leopoldo López, der sich festnehmen lässt. Die Berichterstattung erfolgt auf Grundlage von Meldungen internationaler Nachrichtenagenturen.

Eine Diskussion der Ereignisse findet in politisch interessierten Kreisen statt, eine breitere Debatte gibt es nicht. In verschiedenen Zeitungen finden sich Meinungsartikel mit in der Regel Kritik an der Politik der venezolanischen Regierung.

Das guatemaltekische Außenministerium drückt in einem Kommuniqué vom 18. Februar aus, das Sicherheit der Bürger und Wahrung der Menschenrechte an erster Stelle stünden und wichtige Werkzeuge für die Stärkung der Demokratie in Venezuela seien. Die Regierung von Guatemala befindet sich in Händen der konservativen Partido Patriota.

Die linksgerichtete Partei WINAQ erklärte, dass die Ereignisse Teil einer Strategie der Destabilisierung durch oligarchische Kräfte seien, die eine Fortsetzung des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandels in Venezuela hin zu mehr Demokratie verhindern solle.

Am 17. Februar gab der ehemalige Staatspräsident von Guatemala, Vinicio Cerezo (1986 – 1991), Christdemokrat, Vorsitzender der Fundación Esquipulas, eine Erklärung heraus, in der er zur Respektierung der Institutionen und der Bürgerrechte aufruft und Regierungen, Zivilgesellschaft und Politiker auffordert, einen Dialog und eine friedliche Lösung des Konflikts zu unterstützen.

Honduras übt Zurückhaltung

In den Medien wird über die Ereignisse in Venezuela berichtet. Sympathiebekundungen für die eine oder andere Seite werden allerdings nur sehr begrenzt öffentlich geäußert, diese beschränken sich in der Regel auf den privaten Raum.

Honduras hat Ende November 2013 einen intensiven Wahlkampf abgeschlossen, in dem sich vor allem die konservativ-christdemokratische Partido Nacional und die linksgerichtete, mit der Regierung Venezuelas sympathisierende Partei LIBRE gegenüberstanden. Der Bevölkerung ist im Hinblick auf die Situation in Venezuela bewusst, dass es sich hier um einen Konflikt zwischen Gruppen handelt, die sich so ähnlich auch in Honduras gegenüberstehen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela selbst nun immer stärker kritisiert wird.

Ende Januar 2014 trat die neue, von der Partido Nacional geführte Regierung ihr Amt an. Präsident Juan Orlando Hernández übt wegen der vorerst überstandenen offenen Polarisierung im Wahlkampf bezüglich der Situation in Venezuela bewusst Zurückhaltung. Weder er noch die Partei haben sich öffentlich geäußert. Lediglich Ricardo Álvarez, Minister für Regierungsführung und Dezentralisierung und gleichzeitig einer der drei Vizepräsidenten des Landes, äußerte sich per Twitter kritisch zur Lage in Venezuela. Diese Meinungsbekundung wurde sogleich von Präsident Hernández deauthorisiert. Die Partei LIBRE hat sich erwartungsgemäß mit der Regierung Maduro solidarisiert und Besorgnis über die möglichen Folgen der gewaltsamen Auseinandersetzungen für die Regierung gezeigt.

Starkes Medienecho und Solidaritätsbekundungen in Kolumbien

Die Proteste in Venezuela haben in den nationalen und regionalen kolumbianischen Medien ein starkes Echo hervorgerufen; zahlreiche nationale und regionale Zeitungen sowie Funk und Fernsehen haben ausführlich über die Ereignisse berichtet.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

Der kolumbianische Präsident, Juan Manuel Santos, drückte seine Besorgnis über die Situation im Nachbarland aus und rief zu mehr Gelassenheit und zur Verständigung zwischen den politischen Kräften in Venezuela auf, um die Stabilität in diesem Land wiederherzustellen (*El Tiempo*).

Der venezolanische Präsident, Nicolás Maduro, reagierte gegenüber diesem ausgleichenden Statement mit aggressiven Worten: „[D]ie Probleme der Venezolaner werden von den Venezolanern selbst gelöst und damit basta, verdammt noch mal! Präsident Santos, Sie haben wieder mal den Irrtum begangen und sich von Ihrem (kleinen) Herzen leiten lassen und von Ihrer Sympathie für die Faschisten und die Rechten in Venezuela.“ (*El Tiempo*). Der kolumbianische Radiosender *La W* berichtete, dass Maduro nach Aussage des venezolanischen Außenministers über die Worte von Santos gekränkt sei.

Die Tageszeitung *El Espectador* informierte am Mittwoch, den 19. Februar, über die Reaktion des ehemaligen kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez, der die Regierung von Nicolás Maduro beschuldigte, die Gewalt gefördert zu haben und der alle demokratischen Länder dazu aufforderte, zur Situation in Venezuela Stellung zu beziehen.

Die kolumbianischen Medien berichteten auch ausführlich über die Tatsache, dass der Oppositionsführer, Leopoldo López, der in Venezuela mit Haftbefehl gesucht wurde, sich der dortigen Guardia Nacional ergeben hat. Dazu berichteten die Internetausgaben mehrerer Medien: „Leopoldo López ergibt sich den venezolanischen Behörden“ (*La W Radio*); „Leopoldo López ergibt sich den Behörden während die Proteste weitergehen“ (*Caracol Radio*); „Venezolaner marschieren in Medellín und das Land unterstützt Leopoldo López“ (*El Colombiano*); „Leopoldo unterwirft sich einer äußerst ungerechten Regierung“ (*Confidencial Colombia*).

Auch die Zivilgesellschaft reagierte auf die Proteste in Venezuela. Am Donnerstag, den 13. Februar, versammelte sich eine Gruppe junger Venezolaner, die in Bogotá lebt vor

dem Wohnsitz des venezolanischen Botschafters Iván Rincón und forderten Freiheit und Demokratie für ihr Land (*El Colombiano*). Später kam es zu weiteren Protesten von Exil-Venezolanern gegen die Äußerungen des venezolanischen Botschafters, dass es in seinem Land eine „faschistische Minderheit“ gebe, die von ausländischen Kräften unterstützt werde und die Regierung von Nicolás Maduro stürzen wolle (*El Espectador*).

Natalia Hoyos, eine der Organisatoren der Protestaktionen in Bogotá forderte die venezolanische Regierung in einem offenen Brief dazu auf, die Verantwortung für die Ausplünderung und Verarmung des Landes zu übernehmen. Sie sagte: „Hört auf, den USA die Schuld für alles zu geben. Ihr tragt die Verantwortung.“ (*El Espectador*).

Am 20. Februar berichtet *El Espectador* auf den ersten drei (!) Seiten groß über den Oppositionspolitiker Leopoldo López. Auch in *El Tiempo* nimmt die Thematik Venezuela einen großen Raum ein. Eine ausführliche Berichterstattung über die politischen und sozialen Gesichtspunkte sowie die jüngste Wirtschaftskrise im Nachbarland ist auch in den kommenden Tagen und Wochen zu erwarten.

Für Kolumbien ist das Nachbar- und Bruderland Venezuela (beide Länder haben die gleiche Flagge und denselben Staatsgründer Simón Bolívar) kein Land wie jedes andere, insofern ist die Zukunft Venezuelas auch von großem Einfluss auf die gesamte Region.

Verhaltene Reaktionen in Mexiko

In Mexiko schafft es Venezuela selbst in diesen Tagen kaum auf die erste Seite der Zeitungen. Eine Ausnahme bildet die linksgerichtete *La Jornada*, die Venezuela an mehreren Tagen ihre Titelseite widmet, am 19. Februar gar fünf der ersten Seiten. Auch *Reforma* bringt das Bild von Leopoldo López vor dem Panzer auf ihrer ersten Seite. Neben diesem Bild gibt es in *La Jornada* vorwiegend Bilder von den das Maduro-Regime unterstützenden Massen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

Die Berichterstattung erschöpft sich weitgehend in einer Wiederholung der Darstellung durch die venezolanische Regierung. Dabei nimmt die Argumentation, die Regierung habe López vor einem Mordversuch durch rechtsextreme Gruppen beschützt, großen Raum ein. Allerdings wird auch erwähnt, dass die Opposition ihre Grundlage in der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation Venezuelas hat. Herausgearbeitet wurde auch, dass diese jüngste Entwicklung zu einer Spaltung der Opposition geführt habe, da sich die Mesa de la Unidad Democrática davon abgrenze.

Für die Kommentatoren der *La Jornada* sind die alten Rechten, die Imperialisten, die Söldner des rassistischen Klassendenkens etc. am Werk, die die Errungenschaften der demokratischen Regime beseitigen wollten und dabei auch auf eine Staatsstreichmatrix bei europäischen Unterstützern zählen könnten. Venezuela wird im Kontext von weiteren Staatsstreichversuchen in Bolivien vor fünf Monaten und in Argentinien vor drei Monaten gesehen. Man fragt sich, was gemeint ist. Verschwörungstheorien überwiegen. Die Staaten der Pazifikallianz seien "stabiler", da sie neoliberal und pro-imperialistisch seien.

Die Tageszeitungen *Reforma* und *El Universal* berichten quantitativ sogar etwas mehr als *La Jornada*, wenngleich vorwiegend unter ihren der internationalen Politik gewidmeten Teilen. „Reforma“ symbolisiert die Opposition in einer Karikatur mit einem Hakenkreuz. Auffällig ist, dass in den Berichterstattungen dieser beiden Zeitungen auch andere Stimmen im venezolanischen Konflikt stärker zum Ausdruck kommen und somit der Konflikt differenzierter dargelegt wird. So wurde etwa ein Studentenvertreter interviewt oder die Kritik und Forderungen von Human Rights Watch oder der Comisión Interamericana de Derechos Humanos (CIDH) werden erwähnt oder ein Interview mit der oppositionellen Abgeordneten María Corina Machado veröffentlicht. Auch Korrespondentenberichte finden sich wieder.

Weitere internationale Reaktionen werden insgesamt jedoch kaum aufgegriffen oder gar kommentiert.

Die PAN wirft der mexikanischen Regierung eine ambivalente Haltung vor. Sie müsse sich eindeutiger für die Wahrung der Menschenrechte der Studenten wie der politischen Rechte der Bevölkerung einsetzen, Mexiko sei schließlich Signatarstaat der entsprechenden Abkommen der OAS.

Die Unterstützung Venezuelas durch Ecuador, Bolivien, Argentinien und Kuba nahm in *La Jornada* recht breiten Raum ein.

Dominierendes Tagesthema sind die venezolanischen Unruhen in Mexiko aber nicht. Auch publizierte Kommentare sind eher die Ausnahme. Mexiko hat seine eigenen Probleme, gerade auch was gewaltsame Entwicklungen angeht.

Soweit ersichtlich, haben sich bis auf die PAN, und auch diese lediglich auf der Ebene eines Parteimitarbeiters, die Parteien nicht geäußert. Das mexikanische Außenministerium beschränkte sich in einer Stellungnahme auf ein Bedauern über die Gewaltexzesse, Beileidsbekundungen für die Familien der Getöteten und die Überzeugung, dass Differenzen mittels Dialog überwunden werden müssten.

Nicaragua zeigt sich mit Maduro solidarisch

Staatspräsident Rafael Ortega ließ über seine Frau und Regierungssprecherin Rosario Murillo Zambrana erklären, dass das nicaraguanische Volk dem venezolanischen Volk den „Arm [...] in diesen Tagen der Schlacht, des großen Kampfes“ ausstrecke, „in denen das Imperium [der USA, d. Aut.] seine Wut an Venezuela auslässt, in Mittäterschaft der unterwürfigen Rechten“ des Landes. Die Rechte habe in Venezuela das Ziel, „Hass“ zu verbreiten, so die First Lady.

Die nicaraguanischen Medien gaben jedoch nicht nur die Regierungsposition wieder, sondern berichteten auch von den Ereignissen in Venezuela aus Sicht beider Seiten. Die verschiedenen Erklärungen internationaler Organisationen und anderer Regierungen fanden ebenso Erwähnung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE

DR. GEORG EICKHOFF

DR. HUBERT GEHRING

HOLGER HAIBACH

PROF. DR. STEFAN JOST

MATHIAS MÄCKELMANN

CHRISTIAN MATTHÄUS

SUSANNE KÄSS

ANNETTE SCHWARZBAUER

HENNING SUHR

WINFRIED WECK

DR. KRISTIN WESEMANN

REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

Panama ruft venezolanische Regierung zur Einhaltung der Freiheitsrechte auf

In Panama fanden zahlreiche Solidaritätsbekundungen mit den venezolanischen Demonstranten statt. Wie auch in Costa Rica leben in Panama viele Auslandsvenezolaner, die aufgrund der dortigen politischen und wirtschaftlichen Situation ausgewandert sind. Gruppen venezolanischer Migranten übergaben dem panamaischen Präsidenten Ricardo Martinelli eine Erklärung, in der sie ihn zum Handeln aufforderten.

Die panamaische Regierung ließ über ihr Außenministerium erklären, dass man die Lage in Venezuela aufmerksam verfolge. Man rief zu einem Dialog „ohne Vorbedingungen“ auf und mahnt zur Einhaltung von Toleranz und Meinungsppluralismus sowie zur Respektierung von Menschenrechten. Obwohl die venezolanische Regierung das Recht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung habe, dürften öffentliche und individuelle Freiheiten nicht eingeschränkt werden.

Zudem meldete sich der weltbekannte panamaische Musiker Rubén Blades zu Wort. Er zeigte sich von der Situation in Venezuela „verletzt“ und bezeichnete den Protest der Studenten als Versuch, den Hass in Venezuela zu überwinden.

Peru zeigt die stärkste und breiteste Ablehnung der Regierungspolitik Maduro in der Region

Das politische Verhältnis zwischen Peru und Venezuela wurde in der Vergangenheit u.a. durch die gegenseitige Aufnahme politischer Flüchtlinge belastet. So erhielten peruianische Militärs und Politiker nach dem Militärputsch von Juan Velasco Alvarado 1968 Asyl in Venezuela und umgekehrt venezolanische Militärs und Oppositionelle zur Regierung Hugo Chávez nach dem gescheiterten Putsch 2002 in Peru. Dazu gehörten der Gewerkschaftsführer Carlos Ortega (2006), Oscar Pérez, der ehemalige Berater des Bürgermeisters von Caracas (2008) sowie Manuel Rosales, ehemaliger Gouverneur des Bundesstaates Zulia (2009). Doch auch die relativ große Kolonie von Peruanern in Ve-

nezuela (ca. 100.000) trägt zu dem Interesse an den Entwicklungen in Venezuela bei.

Berichterstattung in den Medien

Die Medien Perus berichten ausführlich und kontinuierlich zu den politischen Entwicklungen in Venezuela. Angesichts der aktuellen Entwicklungen hat sich die Berichterstattung noch verstärkt. Praktisch jede Nachrichtensendung beginnt mit den neuesten Ereignissen aus Venezuela. Die wichtigsten Zeitungen drucken Bilder der Unruhen auf ihren ersten Seiten und die Nachrichtensendungen strahlen auf Mobiltelefonen gefilmte Kurzvideos von der Gewalt aus. Die Medien unterstützen recht einheitlich die Opposition und kritisieren das Vorgehen der Regierung von Nicolás Maduro.

Im Fernsehen stehen die Kurz-Videos der Demonstrationen im Vordergrund, während die Presse stärker über die politischen Entwicklungen informiert, sie analysiert und kommentiert. Dabei kommt es aufgrund der jeweiligen politischen Ausrichtung zu unterschiedlichen Schwerpunkten in den Reportagen und Kommentaren.

Besonders in den Zeitungen der größten rechtsliberalen Pressegruppe um die Tageszeitung *El Comercio*, die fast 80% des Marktes mit ihren Zeitungen *El Comercio*, *Peru21*, *Trome* und *Correo* beherrscht, wird die venezolanische Regierung und ihr Vorgehen gegen die Demonstranten ebenso frontal verurteilt wie z.B. auch die ihrer Ansicht nach unverhohlene Einschränkung der Pressefreiheit durch die Verweigerung von Devisen für den Papierimport. Ebenso die nachträgliche Veränderung des offiziellen Kommuniqués des Generalsekretariats von UNASUR zur politischen Situation in Venezuela. Der venezolanische Außenminister fügte anlässlich einer Pressekonferenz dem offiziellen Text Sätze hinzu, die in diesem nicht enthalten waren und ließ andere weg. Weiterer Schwerpunkt der Berichterstattung des *Comercio* ist die zunehmende Gewalt der *Colectivos*, ursprünglich als „Sturmtruppen“ der Revolution gegründet und finanziert und heute autonom organisiert und bewaffnet gegen die Opposition eingesetzt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de



**Konrad
 Adenauer
 Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
 Hauptabteilung
 Internationale Zusammenarbeit

Hier steht das Impressum des
 Newsletters. Hier steht das
 Impressum.

Genaue Postanschrift
 Telefon
 1234-123456789
 Telefon
 1234-123456789
 Telefon
 1234-123456789
 Telefon
 1234-123456789

Die gemäßigt links ausgerichtete zweitgrößte Tageszeitung *La República* bezieht ebenfalls eindeutig gegen die Regierung von Nicolás Maduro Stellung und stellt die Stärke der Opposition in den Vordergrund ihrer Berichterstattung, die in den letzten Tagen an Schärfe zugenommen hat.

Die linke Presse (z.B. *Primera Línea*) hat naturgemäß Schwierigkeiten eine auch nur annähernd ausgewogene Berichterstattung abzubilden. In ihren Berichten wird der angebliche Versuch der Opposition mit Hilfe eines „weichen“ Staatsstreichs (d.h. ohne Beteiligung der Militärs) die Regierung zu Fall zu bringen betont oder die „Sabotageversuche“ amerikanischer Diplomaten und die angebliche Bedrohung von Leib und Leben des Oppositionsführers Leopoldo López herausgestellt.

Die links gerichtete Zeitung *La Primera*, die auch als inoffizielles Sprachrohr von Humala angesehen wird, hält sich zunehmend aus der Diskussion heraus. Hatte sie in den ersten Tagen noch die Rede von Präsident Nicolás Maduro, der alle Demonstranten als von den USA mobilisierte Faschisten bezeichnete, fast wortwörtlich gedruckt, wird jetzt eher nüchtern ab Seite 10 (!) über die Geschehnisse in Venezuela berichtet.

Die Wochenzeitschrift *Caretas*, die von allen peruanischen Medien wohl die ausgeglichene ist, hat sich in ihrer letzten Ausgabe auch um das Thema Venezuela gekümmert. Dabei wird auch nicht mit schockierenden Fotos gespart und auf das brutale Vorgehen der unter Chávez ausgebildeten Milizen aufmerksam gemacht.

In den regelmäßigen politischen Kommentaren auf den Meinungsseiten der Presse des Landes werden die Schlüsselthemen der Krisenentwicklung in Venezuela vertieft. Ein Beispiel ist die Analyse zu den unterschiedlichen Strategien innerhalb der Oppositionsbewegung, die durch die gewalttätigen Demonstrationen seit dem 10. Februar offensichtlich wurden. Auch der Weg Venezuelas auf den Spuren Kubas und seine Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Regimes auf der Insel wird analysiert. Weiteres Beispiel ist die Darstellung der Bedeutung der Ein-

schränkung der Pressefreiheit durch die Devisenbeschränkungen seitens der Regierung für Papierimporte sowie die Abschaltung eines kolumbianischen Kabelfernsehsenders.

Stellungnahmen aus der Politik

Nicht nur die Medien, sondern nahezu sämtliche politischen Gruppierungen prangern die Politik der Regierung von Nicolás Maduro gegenüber der Opposition an. Präsident Ollanta Humala beschränkte sich in offiziellen Verlautbarungen allerdings darauf, zu Ruhe und Dialog sowie Sicherstellung von Demokratie und Freiheitsrechten in Venezuela aufzurufen. Vor dem Hintergrund der Unterstützung seitens der Regierung von Hugo Chávez bei den Präsidentschaftswahlen 2006 und 2011 ist diese passive Haltung nachvollziehbar. Für diese Haltung wurde er jedoch von den wichtigsten politischen Kräften kritisiert.

Mitte 2013 entstand in Peru eine gemeinsame Plattform, *Grupo de Amigos de Venezuela*, in der die sozialdemokratische APRA und die christlich-demokratische PPC führend sind. Durch laufende Maßnahmen und Protestaktionen im Land versucht diese Plattform die Unterstützung für die Oppositionskräfte in Venezuela zu stärken.

In diesem Zusammenhang hat Ex-Präsident Alan García für den „Tag der Brüderlichkeit“ der APRA am 21. Februar neben Henrique Capriles auch António Ledezma, den Bürgermeister von Caracas eingeladen. An diesem Tag feiert die APRA traditionell und medienwirksam den Geburtstag ihres 1979 verstorbenen Gründers und großer Führungsfigur Victor Raúl Haya de la Torre.

Ex-Präsident Toledo bemängelte die „Schüchternheit“ der lateinamerikanischen Präsidenten, sich zur politischen Krise in Venezuela zu äußern und die Interamerikanische Demokratische Erklärung einzufordern, die 2001 in Lima unterzeichnet wurde.

In den Medien interviewte Experten gehen auf die politische Situation Venezuela gezielt ein und sehen ebenfalls die Regierung als Hauptverursacher der Krise im Land ein.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

Februar 2014

www.kas.de

Es fällt allerdings schwer, konkrete Lösungsvorschläge für eine friedliche Lösung der Krise auszumachen. Der anerkannte Journalist Gustavo Gorriti, der aktiv bei den Demonstrationen zum Sturz der Regierung von Fujimori im Jahre 2001 in Peru beteiligt war, versucht sich an der These, dass die friedlichen Demonstrationen in massiver und kontinuierlicher Form, zusammen mit dem internationalen Druck auf Maduro, doch zu einem guten Ende führen könnten, um die Demokratie im Land wieder herzustellen.

Konkrete Vorschläge zur Krisenbewältigung konzentrieren sich in den Medien auf die Forderung nach der Erhöhung des politischen Drucks regionaler Organisationen, wie z. B. der OAS, auf Präsident Nicolás Maduro. Im gleichen Atemzug wird allerdings auch betont, dass andere Regionalorganisationen wie die CELAC nicht dazu geeignet sind, weil sie die autoritäre Regierungen legitimieren, wie das letzte Gipfeltreffen auf Kuba gezeigt habe.

Interessant in diesem Zusammenhang ist der Vorschlag des Politikwissenschaftlers Heinz Dieterich, dem geistigen Vater des „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ und einstigen Mentor von Hugo Chávez. In einem Interview der CNN vom 14. November 2014 stellte er die Forderung nach einer Regierung der „Nationalen Rettung“ unter Einschluss von Oppositionsführer Henrique Capriles auf, um einen möglichen Bürgerkrieg zu vermeiden. Er begeht mit dieser Forderung allerdings den Irrtum zu glauben, dass die gegenwärtige schwere Krise in Venezuela lediglich der mangelnden Führungskapazität von Präsident Nicolás Maduro geschuldet ist und nicht der Verquickung seines Überlebens mit dem des kubanischen Regimes.

Uruguay: Präsident Mujica solidarisch mit der venezolanischen Regierung

"Mujica unterstützt die Repression in Kuba und Venezuela", war in gelben und roten Buchstaben auf dem großen schwarzen Schild zu lesen, das eine kleine Gruppe von Demonstranten am 15. Februar auf der zentralen Plaza Independencia in Montevi-

deo, Uruguay, vor die Fernsehkameras hielt. Für den Freund der kubanischen Diktatoren Fidel und Raúl Castro und Bewunderer des verstorbenen Hugo Chávez, Uruguays Staatspräsident José Mujica ist die Verteidigung seines Kollegen Nicolás Maduro eine Ehrensache. Der ehemalige Guerrilla-Kämpfer Mujica regiert heute in Uruguay mit Unterstützung einer Linkskoalition unter Einschluss der christdemokratischen Partei Uruguays.

Diese Kleinstpartei (PDC), die dem 1947 in Montevideo gegründeten christdemokratischen Parteienverband Lateinamerikas ODCA angehört, schweigt in diesen Tagen zur Repression in Venezuela wie sie auch zur jahrzehntelangen Repression in Kuba keine Meinung zu haben scheint. Das hindert andererseits die ODCA und deren Jugendverband JODCA nicht daran, sich mit den protestierenden Venezolanern zu solidarisieren. Dies haben auch viele andere ODCA-Mitgliedsparteien in ganz Lateinamerika durch - im Allgemeinen wenig beachtete - Proklamationen getan. Die Parteijugend der chilenischen Christdemokraten (PDC, Chile) hat trotz der prekären Sicherheitslage in Venezuela sogar eine Delegation in das Land geschickt, dessen heute verfolgte Demokraten sich in Zeiten der Pinochet-Diktatur besonders solidarisch mit den damals verfolgten Chilenen gezeigt hatten.

In Uruguay sind im Oktober 2014 Präsidentschaftswahlen. Fast alle Präsidentschaftskandidaten, nicht aber der Favorit Tabaré Vázquez vom Linksbündnis, haben sich in öffentlichen Erklärungen solidarisch mit den Opfern politischer Verfolgung in Venezuela erklärt und die Organe des Mercosur, der OAS, der UNASUR und der CELAC zum Handeln aufgefordert. Als im Juni 2012 der paraguayische Präsident Fernando Lugo in einem fragwürdigen Verfahren vom Parlament abgesetzt worden war, schloss der Mercosur das Land aus und nutzte die Gelegenheit, um Venezuela aufzunehmen, dessen Mitgliedschaft der paraguayische Senat bis dahin blockiert hatte. Nun bleibt der Mercosur, dessen Verwaltungssitz die uruguayische Hauptstadt Montevideo ist, gegenüber seinem neuen Mitglied untätig. Wie andere Staatenbündnisse auf dem Kontinent funkti-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FELIX DANE
 DR. GEORG EICKHOFF
 DR. HUBERT GEHRING
 HOLGER HAIBACH
 PROF. DR. STEFAN JOST
 MATHIAS MÄCKELMANN
 CHRISTIAN MATTHÄUS
 SUSANNE KÄSS
 ANNETTE SCHWARZBAUER
 HENNING SUHR
 WINFRIED WECK
 DR. KRISTIN WESEMANN
 REINHARD WILLIG

oniert auch der Mercosur primär als Bündnis von Regierungen, im Zweifelsfall auch gegen die jeweilige Bürgerschaft.

Uruguays Präsident Mujica erklärte am 18. Februar in einem gemeinsamen Interview mit dem venezolanischen Propaganda-Sender Telesur und der Presseabteilung der venezolanischen Botschaft in Montevideo, eine internationale Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas sei abzulehnen. Auch Gewalt sei immer abzulehnen. Er sei solidarisch mit den Institutionen Venezuelas, dem Volk "und natürlich der Regierung".

Februar 2014

www.kas.de

Das Schweigen Mujicas zu den Menschenrechtsverletzungen in Venezuelas hat den Präsidenten der christdemokratischen Partei Venezuelas COPEI, Roberto Enríquez, nicht davon abgehalten, am 20. Februar im Rahmen einer Demonstration vor der uruguayischen Botschaft in Caracas die Vermittlung Mujicas im internen Konflikt Venezuelas zu fordern. "Mujica ist ein guter Mensch", so der Parteivorsitzende.

Es war das uruguayische Außenministerium, das sich am 13. Februar für die Wahrung der Pressefreiheit in Venezuela ausgesprochen hatte. Mujica ging auf dieses Thema nicht ein und wurde von Telesur und der Presseabteilung der venezolanischen Botschaft offenbar auch nicht danach gefragt.